

Rede-Manuskript von Bürgermeister Heinz Josef Dick zur Einbringung des Haushalts 2003 im Stadtrat am 12.12.02 - **ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

Welche Stimmung herrscht in diesen Tagen in unserem Lande! Ein Klage lied ertönt neben dem anderen: andauernde Massenarbeitslosigkeit, Reformstau bei Gesundheit und Rente, mangelhaftes Wachstum der Wirtschaft, Überbürokratisierung, fehlendes Geld der öffentlichen Hand und zwar in Bund, Land und Kommunen.

Der Ton wird rauer in Presse, Funk und Fernsehen: Ein Politikwissenschaftler will die Bürger auf die Barrikaden schicken, ein führender Politiker ruft zur Lahmlegung des Finanzamtes auf, andere wollen einen Untersuchungsausschuss wegen Lügen vor der Wahl und wiederum andere kritisieren heftig die eigene Regierung und vergleichen sie gar mit der von Brüning aus der Weimarer Zeit.

Die Ursache des Jammerns und Klagens ist schnell ausgemacht.: Es fehlt das liebe Geld. Obwohl der Steuerstaat dem privaten Haushalt mittlerweile 56 Prozent aller Einkünfte durch Steuern und Abgaben entzieht, ist er immer weniger in der Lage, seine originären Aufgaben zu erfüllen: Grundbedürfnisse an Sicherheit, Bildung und Gesundheit zu befriedigen, eine moderne Infrastruktur bereit zu stellen.

Es ist ein Klagen auf hohem Niveau, aber es ist fraglich, ob das Niveau unter diesen Bedingungen gehalten werden kann. Es muss nachdenklich stimmen und zu Schlussfolgerungen führen, wenn der Finanzminister Hans Eichel auf die schlichte Frage „Leben wir über unsere Verhältnisse?“ klar antwortet: „Ja, das tun wir, denn wir geben seit mehr als 30 Jahren mehr Geld aus, als wir einnehmen.“

Wir leben also auf Kosten der nächsten Generation, auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Wer, welche Regierung hat den Mut, das zu ändern? Ich stimme unserem Ministerpräsidenten Steinbrück zu, der in einem Interview feststellt: „Ich kenne nur wenige, die Sparen auch dann gut finden, wenn es konkret wird - also weh tut.“ Denn heftig protestiert wird gegen die Politiker, die sich wie wirkliche Haushälter verhalten und Ausgabenkürzungen vornehmen oder Aufgabenerweiterungen auch gegen Interessengruppen ablehnen. Und die Politiker, die ohne Rücksicht auf verfassungsmäßige oder gesetzlich vorgegebene Grenzen in neue Schulden ausweichen, sind die Stars. Eine Situation in der großen wie in der kleinen Politik. Wir können auch in unserer Stadt ein Lied davon singen.

Mag der Gesamtkuchen der Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen noch so viele Milliarden umfassen - er ist endlich. Und damit setzen Gerangel und Verteilungskämpfe zwischen den Ebenen ein, wie die Stücke des Kuchens zwischen den drei Ebenen verteilt werden können. Die Kommunen – als schwächstes Glied der Kette - haben oft das Nachsehen.

Hinzu kommen eine Politik und eine Gesetzgebung, die weiter auf Volksbeglückung setzen - ohne Geld dafür zu haben. Nehmen Sie die letzte Steuerreform, die allen, wohl aber niemandem weh tun sollte, jedoch nur ein Abwälzen von Kosten auf das schwächste Glied – die Kommunen - war, denn deren Gewerbesteuererinnahmen brechen weg. Es ist ein Unding, dass Großunternehmen wie Allianz, BMW und Siemens keine Gewerbesteuer zahlen. Auch

wenn speziell in unserer Stadt aufgrund der kleinen und mittelständigen Wirtschaft nicht das Problem bei der Gewerbesteuer liegt, trifft es uns doch mittelbar, da das Land für einen Ausgleich zwischen den Städten sorgen muss. Wir erwarten ein Absinken der Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 um ca. 3,6 Mio. Euro gegenüber 2002.

Nehmen Sie als zweites Beispiel das jetzt in Kraft tretende Grundsicherungsgesetz, mit der zur Durchführung völlig unzureichenden Finanzausstattung. Das ist einer der Gründe weshalb dem Kreis Neuss schlicht 20 Mio. Euro fehlen. Der Kreiskämmerer stellt fest „Die schwerste Krise der Nachkriegszeit.“ Also wird es zu einer Kreisumlageerhöhung kommen, die die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu tragen haben. Stellen wir uns darauf ein. Im Haushalt gehen wir von einer Erhöhung der Kreisumlage von 4 Prozentpunkten aus. Das bedeutet eine Steigerung der Kreisumlage um 737.000 Euro.

Als drittes Beispiel, das zur Verteuerung und damit zu erhöhten Ausgaben führt, nenne ich unsere Standards. Wir Deutschen sind gründlich und korrekt und regeln alles bis ins Detail. So stellte man fest, dass in städtischen Gebäuden, die Jahrzehnte genutzt werden oder vom Brandschutzingenieur vor Jahren beim Bau abgenommen wurden, der zweite Rettungsweg nicht mehr stimmt. Selbstverständlich stellen wir ihn her, denn die Sicherheit hat Vorrang, deshalb fanden sie schon im letzten Haushalt einen Ansatz bei den Grundschulen. Im kommenden Jahr setzen wir die Maßnahme beim Gymnasium fort, deshalb hierfür ein Haushaltsansatz von 400.000 Euro.

Diese Beispiele sind exemplarisch dafür, dass die Einnahmen wegbrechen und die Ausgaben durch immer neue gesetzliche Regelungen steigen. Konkret finden Sie im Jahre 2003 in unserem Haushalt einen Anstieg der Ausgaben um ca. 9 Prozent, eine Abnahme der Einnahmen um 4 Prozent. Der Haushalt 2003 weist ein Gesamtdefizit in Höhe von 12,2 Mio. Euro aus, wovon alleine im Haushaltsjahr 2003 ein originärer Fehlbetrag in Höhe von 6,3 Mio. Euro entsteht.

Das in 2002 von uns beschlossene Haushaltssicherungskonzept ist schon nach knapp einem Jahr aufgrund der geschilderten Rahmenbedingung Makulatur und bedarf der Überarbeitung. Konnten wir 2001/2002 noch annehmen, die von der Aufsichtsbehörde erhobene Forderung, den Haushaltsausgleich im Jahre 2005 zu erreichen, sei realisierbar, erscheint es mir aus heutiger Sicht unmöglich zu sein, dies umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das Land hat die fiktiven Hebesätze deutlich angehoben. Wir müssen nachziehen und schlagen Ihnen die Anhebung der Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer vor. Allerdings in einer Höhe, die den durch die neuen fiktiven Hebesätze entstehenden Verlust nicht kompensieren wird. Eine Steuererhöhung ist zweifellos die falsche Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes. Für die Arbeit vor Ort ist sie aus den eben beschriebenen Gründen jedoch unvermeidbar, denn wir müssen unsere Pflichtaufgaben noch einigermaßen erfüllen können.

Meine Damen und Herren, ohne Zweifel, schon seit Jahren ist der städtische Haushalt „auf Kante“ genäht. Manche Finanztransaktionen, speziell in der letzten Legislaturperiode - Entnahme aus dem Abwasserbetrieb, Tilgungsaussetzung - dienten dazu, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. In den letzten drei Jahren haben wir sehr vorsichtig investiert. Der Neubau der Hauptschule, den wir zu finanzieren haben, schlägt dabei mit einem Darlehensanteil von 47 Prozent am höchsten zu Buche. Die kürzlich vollzogene Einweihung zeigte uns: Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir haben damit die Infrastruktur der weiterführenden Schulen gesichert.

Für die Jahre 2003 bis 2006 enthält das Investitionsprogramm keine weitere Kreditaufnahme. Die Finanzierung der Maßnahmen muss im vollen Umfang über Landeszuweisung, Grundstückserlöse und Beiträge nach KAG bzw. BbauG sichergestellt werden.

Diesem Leitsatz folgend schlagen wir Ihnen für das nächste Jahr die notwendigen Investitionen vor:

- für die Feuerwehr, für den Brandschutz und die Sanierung von Brückenbauwerken, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten,
- für die EDV-Ausstattung der Schulen, damit unsere Schülerinnen und Schüler den Anschluss behalten und moderner qualifizierter Unterricht möglich ist.
- Ebenso finden Sie Ansätze zur Herrichtung von Räumen des Kinderhortes Budenzaubers,
- Zuschüsse für Sportvereine ebenso wie für die Umrüstung bzw. Erneuerung der Sporthallen und des Schwimmbades, damit ehrenamtliche Jugend-, Gesundheits- und Sozialarbeit aufrecht erhalten werden können.
- Für die Erschließung des Baugebietes Glehn-Süd-Ost finden sie einen ersten Ansatz, dessen Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sind. Das Eickerender Feld wird bekanntlich von einem Investor erschlossen. Den Vertrag habe ich kürzlich unterzeichnet.

Wie geht es mit der mittelfristigen bis langfristigen Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten weiter? Eine Antwort wird Ihnen eine Arbeitsgruppe der Verwaltung im Sommer 2003 vorlegen. Meine Ziele sind dabei: Die Entwicklung wird an der bestehenden Infrastruktur orientiert und es werden nur Gebiete entwickelt, die im Besitz der Stadt sind, um an der Wertschöpfung teilzuhaben.

Die Angaben zeigen Ihnen, dass auch im nächsten Jahr die Stadt weiterentwickelt wird. Ich erwarte zusätzlich Investitionen von Dritten, die möglich werden, weil wir als Stadt die Rahmenbedingungen dafür gesetzt haben:

- Mit dem Bau des Altenpflegeheims und der Einrichtungen für Betreutes Wohnen in Glehn, Korschenbroich und Kleinenbroich wird es uns gelingen, eine Lücke in der Versorgung für die ältere Generation zu schließen.
- Mit dem Bau des SB-Warenhauses am Matthias-Hoeren-Platz geben wir positive Impulse für das Stadtbild und schließen eine Versorgungslücke.
- Die K35n in Kleinenbroich wird für die zukünftige Entwicklung des Holzkampgeländes von entscheidender Bedeutung sein.

Wir werden unserer Aufgabe, die Infrastruktur unserer Stadt stetig zu verbessern, auch in finanziell schwierigen Zeiten gerecht.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Wort zur Grundwasserproblematik:

Es ist mir bewusst, dass viele Menschen durch die letzten niederschlagsreichen Jahre vom ansteigenden Grundwasser betroffen sind. Dem Rat und der Verwaltung stehen jedoch nur begrenzte öffentliche Mittel zur Verfügung, die insbesondere zur Finanzierung von Pflichtaufgaben benötigt werden. Die Auflagen durch die Bezirksregierung für Sofortmaßnahmen, um Grundwasserspitzen zu kappen, sind so hoch, dass nur noch festzustellen bleibt: So bedauerlich es für die Betroffenen ist, diese Gesamtkosten kann die Stadt und damit die Bürgerschaft nicht tragen. Dem trägt der Ratsbeschluss der Sondersitzung vom 5.12. Rechnung.

In unserem Bestreben zu helfen und die Finanzierung darzustellen, werden wir, bis auf die Finanzspritze des Kreises, alleine gelassen.

Wir müssen uns unter den vorgelegten Rahmenbedingungen und Anforderungen auf die Verfolgung der Langfristkonzeption mit dem Finanzierungsmodell des Kreises konzentrieren. Erst die Langfristkonzeption berücksichtigt das Abnehmen des Rheinbrauneinflusses (ab 2005) und kann das Problem nachhaltig lösen.

Deren Umsetzung wird nur unter finanzieller Beteiligung des Landes, des Kreises, der Städte, der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und von Rheinbraun möglich sein. Hierzu bedarf es jedoch politischer Entscheidungen auf anderen Ebenen. Ersetzen können wir diese vor Ort

nicht. Deshalb müssen wir gemeinsam in Zusammenarbeit mit dem Kreis Neuss darauf drängen, diese politischen Entscheidungen herbeizuführen. Der finanzielle Anteil der Stadt wird bei positiver Entscheidung für Langfristmaßnahmen in die Haushalte der nächsten Jahre einfließen müssen.

Alle Investitionen im Haushalt 2003 tragen der defizitären Situation Rechnung. Es hat schon Zeiten gegeben, als es leichter war, Politik für die Stadt zu betreiben. Umso freudiger begrüße ich jede Aktivität und jedes Engagement aus dem Kreis unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine Vielzahl ehrenamtlichen Engagements in unserer Stadt. Die Altenstuben in Korschenbroich und Kleinenbroich werden betreut vom Verein „Sport Ältere Generation“, die Renovierung ihres Clubhauses übernahmen die Sportfreunde in Neersbroich und senkten die Kosten deutlich. Schützenvereine bzw. Bruderschaften und Dorfgemeinschaften gestalten Denkmalanlagen und Freiplätze, übernehmen Bürgerhäuser. Wir brauchen jeden, der ein Ehrenamt bekleidet, der eine Aufgabe für die Gemeinschaft übernimmt - von Paten für Blumenkübel über den Jugendtrainer und Chorleiter bis zur Freiwilligen Feuerwehr. Sie packen mit an, um eine lebendige, funktionierende Stadt zu erhalten. Als Rat und Verwaltung können wir nur die Rahmenbedingungen setzen. Und es wäre bedauerlich, wenn wir, bedingt durch äußere Vorgaben, an den finanziellen Rahmenbedingungen knapsen müssten. Im Haushalt 2003 halten wir an der Unterstützung der Vereine fest.

Meine Damen und Herren, wir haben davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren die Finanzsituation in Deutschland nicht verbessern wird. Selbst der Bundeskanzler - in den Medien ein wahrlich heiter wirkender Mensch - erwartet kurzfristig keine durchgreifenden Änderungen. Versprechen wir uns nicht allzu viel von der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen. Sie wird an einigen Stellschrauben wie Arbeitslosen-Sozialhilfe drehen, jedoch die tiefer gehenden strukturellen Probleme nicht anpacken.

Das heißt für uns vor Ort: Verstärkt haben wir uns um weitere Einsparpotentiale zu bemühen - schon jetzt, im Laufe dieser Haushaltsberatungen. Einsparung durchzusetzen ist unbequem, aber unvermeidlich. Schon in den vergangenen Jahren haben wir uns nicht vor unbequemen Entscheidungen gedrückt, zum Beispiel dem Schließen von Schwimmbädern, dem Abbau von Personal in der Altentagesstätte - jedes Mal in der Öffentlichkeit gewürdigt, als brähe eine Katastrophe aus. Im nächsten Jahr schließen wir das Kindergartenprovisorium Gustav-Heinemann-Straße und setzen den Neubau in Korschenbroich West aus, ohne die gute Versorgung mit Kindergarten-Plätzen zu gefährden. Im Stadtpflegebetrieb werden im nächsten Jahr 4 Stellen nicht besetzt - sicherlich nicht zur Freude des Betriebes und des Personalrats. Dann sinkt die Belegschaft in diesem Betrieb von 44 auf 34. Dies geht nicht, ohne die Pflegestandards zu überdenken. Dazu wiederum brauche ich politische Vorgaben.

Im Rahmen der Aufgabenkritik gilt es, mit anderen Städten oder dem Kreis Neuss Standards zu überprüfen und Zusammenarbeit über das bisherige hinaus anzustreben. Die Fraktionen werde ich in den Entscheidungsprozess einbinden und lade zu einem Vorgespräch in der zweiten Januarwoche ein. Es sind Entscheidungen notwendig, die über die Haushaltsberatungen in diesem Jahr hinausgehen.

Meine Damen und Herren, auch wenn manche zurzeit versuchen, unsere Stadt förmlich kaputt zu reden - wir können stolz sein auf unsere Kleinstadt mit ihren lebendigen Ortschaften - hier lässt es sich leben. Dies war vor 50 Jahren so, dies ist heute der Fall und dies wird auch in 50 Jahren der Fall sein. Zweifelsohne haben wir große Probleme zu bewältigen - Grundwasser und die Finanzsituation. Doch deshalb darf nicht Resignation die Leitlinie unseres politischen Handelns sein. Nein, aktiv und mit Kreativität und Phantasie, aber auch mit Pragmatismus und mit Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern über das Machbare werden wir die Zukunft unserer Stadt gestalten. Dabei haben wir genauso die Entwicklung der Gesamtstadt wie auch im speziellen die einzelnen Ortsteile, ob groß oder klein, im Blick. In guter Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung wird uns das gelingen.